

Ressort: Politik

Experten für Abschaffung der Antiterrordatei

Berlin, 04.01.2019, 19:33 Uhr

GDN - Vertreter des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Verfassungsschutz haben in einer internen Sitzung im Bundesinnenministerium dafür plädiert, die Antiterrordatei (ATD) und die "Datei zur Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus" abzuschaffen. Das berichtet der "Spiegel" in seiner aktuellen Ausgabe.

Beide Dateien seien nahezu wertlos durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2013, das ein "informationelles Trennungsprinzip" von offen ermittelnder Polizei und verdeckt arbeitenden Geheimdiensten festschreibt, heißt es in der Sitzung am 17. Oktober. Nach diesem Urteil wurden etliche Informationen aus der Antiterrordatei entfernt. Der Vertreter des Bundeskriminalamts äußerte in der Sitzung, die Datenbasis sei nun "aufgrund des rechtlich zulässigen Umfangs zu schlecht, um sie gewinnbringend nutzen zu können". Der Verfassungsschutz gab zu Protokoll, er kenne "keinen praktischen Fall, der den Nutzen der Antiterrordatei belegt". Beide Vertreter äußerten, dass sie im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum von Bund und Ländern schneller und einfacher Informationen austauschen könnten. Die Antiterrordatei war von vielen Innenpolitikern als Instrument im Kampf gegen den Terror gefordert worden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-117927/experten-fuer-abschaffung-der-antiterrordatei.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619